

Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Wochensatz: Abonnementpreis 0,75 M.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Verträte
von
Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine
(Hilflich Dunder)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Zweigen pro Stelle:
Geschäftsamt, 25 Pf., Familienamt, 15 Pf.
Vereinsamt, 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.
Fernsprecher: Amt Königsplatz, Nr. 223.

Nr. 26.

Berlin, Sonnabend, 30. März 1912.

Vierundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis:

Albert Träger †. — Von englischer und deutscher Art. — Rede des Abg. Gothein zur Interpellation über den Bergarbeiterstreik. — Allgemeine Kundgebung. — Gewerkevereins-Teil. — Verbands-Teil. — Anzeigen.

Albert Träger †.

Einer der Besten im deutschen Volk ist dahingegangen. Albert Träger hat am Dienstag Nachmittag sein an Arbeit und Erfolgen reiches Leben abgeschlossen. Ein Herzschlag hat den fast 62-jährigen dahingerafft. Tiefe Trauer erfüllt die Herzen aller derjenigen, die dem Verbliebenen aus irgend einem Grunde nahegestanden hatten. Aber auch wer mit Albert Träger durch keinerlei innere Beziehungen verknüpft war, wird ihm an der Vahren höchste Achtung nicht versagen können. Der Entschlafene mag politische Gegner gehabt haben, persönliche Feinde beachtete er nicht.

Das will viel sagen für einen Mann, der zwei Menschenalter hindurch im öffentlichen Leben gestanden und fürchtlos und treu für seine Ideale gestritten hat. Sein höchstes Ideal aber war die Freiheit, deren unermüdbarster Vorkämpfer er war. Von Jugend an hat er sich in ihren Dienst geweiht, und ob er auch Enttäuschung über Enttäuschung erleben mußte, bis zum letzten Atemzuge hat er den Kampf für die Freiheit nicht aufgegeben. Und mit welcher Zähigkeit hat er ihn geführt! Für ihn gab es kein Schwanken und kein Verhandeln, wenn es galt, freirechtliche Grundzüge zur Geltung zu bringen. Deshalb hat sicherlich auch niemand die sogenannte Mordzeit härter empfunden als Albert Träger, der oft genug erkennen ließ, wie schwer ihn in diesem Falle die Unterordnung unter die Beschlüsse der Fraktion, der er angehörte, gefallen ist. Weit um so größerer Genugtuung hat er es denn auch begrüßt, daß seine Partei bei den letzten Reichstagswahlen entschieden Front gegen rechts nahm und damit deutlich zu erkennen gab, daß sie mit der Reaktion keinerlei Kompromisse mehr zu schließen gewillt sei. Und ein glücklicher Zufall fügte es, daß nach jener bedeutungsvollen Verbindung gerade Albert Träger als Alterspräsident den neuen Reichstag eröffnen durfte, eine unter den gegenwärtigen politischen Verhältnissen wahrlich schwere Aufgabe, der sich der jugendliche Kreis aber durchaus gewachsen zeigte.

Zu besonderem Danke sind dem Verstorbenen die Deutschen Gewerkevereine verpflichtet. In Freud und Leid hat er zu uns gestanden, und wo immer sich eine Gelegenheit bot, die Interessen der Arbeiterchaft zu wahren, hat es Albert Träger niemals an sich fehlen lassen. Viele Jahre hat er Schulter an Schulter neben unserem Anwalt Dr. Max Sirich für die Rechte der deutschen Arbeiter in den Parlamenten gekämpft. Denn die volle Gleichberechtigung aller Staatsbürger gleichviel welches Standes, welches Glaubens oder welcher Gesinnung, war ihm Ziel alles Strebens. Diese Gesinnung mußte ihn zu uns führen, und oft genug hat er Gelegenheit gehabt, seine besondere Freundschaft für unsere Organisation an den Tag zu legen. Noch in den letzten Jahren, als es galt, das Vereinsrecht möglichst freibleiblich auszugestalten, erschien der nahezu 60-jährige in unserem Verbandshaus, um uns die Fühne im Kampfe um ein besseres Recht voranzutragen. Seine Rede wurde von den zahlreich erschienenen Gewerkevereinskollegen mit stürmlichem Beifall aufgenommen.

Aber auch bei vielen anderen Anlässen hat er deutlich zu erkennen gegeben, wie sehr sein Denken und Fühlen mit den Bestrebungen der Deutschen Gewerkevereine im Einklang stand. Bei vorliegenden Gedächtnisfeier unserer Organisation hat Albert Träger keine lebenswürdige Minute in den

Dienst unserer guten Sache gestellt. Manches herrliche Lied hat ihm die Freundschaft zu uns entlockt. Aber auch als unsere Organisation den schweren Verlust ihres unvergleichlichen Begründers und Führers Dr. Max Sirich zu beklagen hatte, auch in dieser schweren Stunde ließ es sich Träger nicht nehmen, bei uns zu erscheinen und dem heimgegangenen Mitkämpfer einen von Herzen kommenden und zu Herzen gehenden Nachruf zu widmen. Für solche Freundschaft mußten wir Dankbarkeit empfinden, und diese Dankbarkeit wurde dem Entschlafenen zum letzten Mal zum Ausdruck gebracht am Tage seines 60. Geburtstages. Ewig unvergänglich wird es uns bleiben, wie Albert Träger an diesem Ehrentage uns empfing und unsere Glückwünsche entgegennahm. Daß die Vertreter des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine als die ersten Gratulanten erschienen waren, hatte ihm ganz besondere Freude bereitet, und immer wieder betonte er, wie sehr er von der Eingebundenheit unserer Ideen überzeugt sei, und daß er, solange er noch einen Atemzug tun kann, für die Bestrebungen der Deutschen Gewerkevereine kämpfen werde.

Er hat sein Wort gehalten. Leider aber sind unsere Wünsche, daß er uns noch recht lange Zeit als glänzender Zeitgenosse voranleuchten möge, nicht in Erfüllung gegangen. Der Mund, der sich so oft zu herrlichen Liedern geöffnet, der so oft das Evangelium der Freiheit gepredigt hat, ist für immer verstummt. Der weiche Atem ist zur ewigen Ruhe gegangen. Sein Geist aber lebt weiter.

Denn wer den Besten seiner Zeit genug getan,
Der hat gelebt für alle Zeiten.

In den Deutschen Gewerkevereinen wird Albert Träger ein dauerndes und ehrendes Andenken bewahrt bleiben. Aber nicht besser können wir unsere Verehrung zum Ausdruck bringen, als wenn wir unermüdblich im Sinne des Verbliebenen weiterarbeiten, wenn wir uns geloben, rastlos für den Ausbau und die Stärkung unserer Organisation einzutreten. Nur so wird es uns gelingen, den Zielen näher zu kommen, denen Albert Träger so viele Jahrzehnte zugewandt hat.

Ruhe sanft, edler Freund! Das Vorbild, das Du uns gegeben, soll uns voranleuchten im Kampfe für unsere Ideale. Unseren Dank für die uns entgegengebrachte Freundschaft wollen wir betätigen durch treues Festhalten an den gemeinsamen Zielen.

Von englischer und deutscher Art.

Von Dr. Ludwig Heyde, Brunswald.

Der deutsch-englische Wettbewerb auf dem Weltmarkt hat diesseits und jenseits des Kanals schon seit langem das Bedürfnis zum Vergleich beider Länder, der politischen Kräfte und der nationalen Eigenarten beider Völker, geweckt. Alle Vitalität bringt das so mit sich, im persönlichen wie im politischen Leben. Was wir Deutschen an Gefühlswerten mit den Begriffen „Paris“ oder „Wien“ verbinden, das datiert großenteils noch aus jenen Zeiten, da es einen österreichisch-preussischen Dualismus, eine deutsch-französische Antagonie gab. Seit in der Politik der Gegensatz zwischen England und Deutschland denjenigen, der zwischen uns und den Franzosen bestand, bei weitem zurückgedrängt hat und nachdem wir uns unsicher und von Herzen gern gewöhnt haben, im Donauraum den mehr noch durch Bruderblut als durch formalen Vertrag uns freundschaftlich Verbündeten zu erblicken, hat sich unser Interesse in ungeahntem Maße dem englischen Volk zugewandt, und je nach vorliegendem Gesinnung, nach Friedensliebe oder Kriegslust, nicht zuletzt aber auch nach jeweiligem Interesse an der einen oder der anderen Art des Verhältnisses beider Länder zu einander, schwanken

die Vergleiche zwischen übermäßiglicher Anerkennung und fanatischer Aburteilung.

Die Vergleiche auf dem Gebiete des Sports, der Moden, des gesellschaftlichen Treibens der „oberen Zehntausend“, ja selbst auf militärischem Gebiete vernügen die Arbeiterchaft weit weniger zu interessieren als der in diesen Jahren oft unternommene Versuch, die sozialen Verhältnisse beider Völker und im besonderen ihre gewerkschaftlichen Verhältnisse zu vergleichen.

Zu den großen und zahlreichen Verdiensten des berühmten Münchener Nationalökonomten Lujo Brentano gehört es, mit unter den ersten schon vor langen Jahren über diese Fragen hervorragende wissenschaftliche Forschungen unternommen zu haben. Unter den Jüngeren ist vor allem der Freiburger Nationalökonom und jetzige fortschrittliche Reichstagsabgeordnete Professor v. Schulze-Gahernitz durch Arbeiten auf diesem Gebiete bestens bekannt geworden. Nach ihnen sind indessen zahlreiche andere Sozialpolitiker nach England gefahren und kaum je ohne einen reichen Schatz neuer Erfahrungen heimgekehrt. Auch die Studienkommission der Gesellschaft für Soziale Reform, die vor einer Reihe von Jahren England bereiste, brachte recht bemerkenswerte Ergebnisse für die soziale Arbeit im deutschen Vaterlande mit heim. Und wenn praktische Arbeiterführer, wie vor kurzem Eckelenschindler, der bei britischen Arbeiterbewegung im Lande selbst befaßten, begegneten ihre Aufgabe allenthalben berechtigtem und starkem Interesse.

Was in dieser Stunde zu einem Vergleiche geradezu herausfordert, das sind Verlauf und Erlebung der gewaltigen Arbeitskämpfe, die in den letzten Wochen beide Länder durchzogen. Hier traten Unterschiede zutage, die der ernstesten Beachtung wert sind und die eine solche zum Teil ja auch schon gefunden haben.

Schon in Voraussetzungen und Anlaß der Kämpfe traten diese Unterschiede hervor. Ganzelte es sich in Deutschland nur um eine Lohnerhöhung schlechthin, an deren Notwendigkeit freilich nur der Böswillige zweifeln kann, so stand in England ein Prinzip zur Diskussion, das uns bisher nur von den notorischen Gläubigkeitsindustrien der Seimarbeit her einigermaßen geläufig ist, dasjenige eines allgemeinen persönlichen Mindestlohns. Hierin schon zeigt sich ein gewaltiger Unterschied zwischen englischen und deutschen Zuständen. Wir sind noch ganz außerordentlich weit davon entfernt, einen Mindestlohn im Sinne des in England geforderten von heute auf morgen erstreben zu können und gegebenenfalls dabei auf geizgeberische Dillse rechnen zu dürfen. Das Hindernis liegt aber tiefer: bei uns fehlen die Voraussetzungen, die in England diesen Kienkampf erst ermöglichen: unsere Arbeiterbewegung ist zerstückelt und gerade im Ruhrgebiete in ihren 4 Organisationen (— die Werkvereine seien von vorn herein ausgeschlossen —) nicht solidarisch; die Unorganisierten zählen dort, was nicht zuletzt auf den Nationalitätenwirrwarr, den die „nationalen“ Grubenherren dort geschaffen haben, zurückzuführen ist, nach Zehntausenden! Tarifverträge kennt der deutsche Bergbau überhaupt nicht, während er sie in England seit Jahrzehnten eingeführt hat. Aber nicht nur in diesem Punkte der Tarifvertragsfrage ist England weiter als wir: auch die größere Einheitlichkeit der Nationalität der Vergleiche, die geringe Zahl der Unorganisierten, die durch ihre Geschlossenheit starke und politische Bewandlung weniger ausgelegte Gewerkschaftsbewegung Großbritanniens fallen schwer in die Waagschale. Was sich in letzterer Hinsicht auch Vieles gegen früher geändert haben: eine Zerstückelung der Arbeiterchaft in dem Maße wie in Deutschland wird gleichermaßen aus nationalen

wie aus konfessionellen Gründen keinesfalls eintreten und ist augenblicklich erit recht nicht vorhanden.

Die verschiedenen Voraussetzungen brachten auch den verschiedenartigen Verlauf der Kämpfe mit sich. Die Uneinigkeit der Arbeiter und das Fehlen von Tarifverträgen führten in Deutschland zum Vertragsbruch, während in England mit geringen Ausnahmen die Kündigungsfristen eingehalten wurden. Bei allem grundsätzlichen Festhalten an der Notwendigkeit, Verträge heilig zu halten, müssen hier bedeutende Momente zur Entschärfung der deutschen Bergarbeiter geltend gemacht werden. Es ist beinahe ein Urding, längerhand zu kündigen, wenn eine der Arbeiterorganisationen bereit ist, den anderen in den Rücken zu fallen; zudem ist, wenn irgendwo, hier die Frage der Kündigung eine formale gewesen, da alle Welt wußte, daß sich eine Krisis im Ruhrrevier seit langem vorbereitet und unmittelbar vor ihrem offenen Ausbruch stand; endlich aber kennt man die Praktiken der Zechenberren gegenüber den Arbeiterausschüssen nach der Kündigung aus dem Streik im mitteldeutschen Braunkohlenrevier bereits hinlänglich. Ueberhaupt ist die Verhandlungsfrage eine derjenigen, in denen sich englische und deutsche Art am schärfsten scheiden. Scharfmacher im deutschen Sinne gibt es in ganz England nicht; sie sind ein Produkt „preußischer Eigenart“. Hat man je gehört, daß die englischen Grubenbesitzer mit den Arbeiterorganisationen überhaupt nicht verhandeln wollten? Hat man nicht vielmehr gesehen, daß sie unaufhörlich bestrebt gewesen sind, mit den Arbeiterführern sich auszusprechen, ja daß sie in ihrer überwiegenden Mehrheit (— lediglich das Gebiet von Südwales bildet eine Insel, auf der eine gewisse Annäherung an die deutschen Verhältnisse besteht —) auch willens waren, zu einem befriedigenden Abschluß des Kampfes zu gelangen? Hat man nicht hervorragende Großarbeitgeber ehrlich und energisch für die Arbeiterforderungen in aller Öffentlichkeit Partei ergreifen sehen? Und demgegenüber das traurige Bild deutscher Zustände: die Bergherren betrachten die Arbeiterorganisationen als „unzuständig“, verweisen an die Arbeiterausschüsse und billigen diesen in Wahrheit die Zuständigkeit in Lohnangelegenheiten entweder ebensowenig zu wie den Organisationen, oder sie lassen informatorische Besprechungen stattfinden, die das Odium der Scharfmacherei beibehalten und dabei nichts kosten sollen. Man weist die Arbeiter von Bonius zu Vilatus und drückt sich mit jeder zu überbietender Schlaubeit um alle wirklichen Verhandlungen. In Presse und Parlament werden die Arbeitgeberinteressen von vielen Seiten wahrgenommen, ohne daß sich ein Eingiger aus den Reihen der Industriellen gefunden hätte, der seine Stimme augunsten der Arbeiter erhoben hätte.

Die deutschen Parlamentsverhandlungen über den Bergarbeiterstreik waren großenteils außerordentlich deprimierend. Nichts von dem heiligen nationalen Ernst war da meistens zu finden, der den Verhandlungen des Unterhauses in England während dieser Krisentage eigen war. Gotheins Rede im Reichstag war eine Lüge; was aber von Seiten der Rechten und zum Teil auch von nationaler Seite gesagt ward, das zeigte so recht den ganzen Tiefstand der sozialen Kultur bei gewissen Richtungen der hohen Häuser.

Und die Regierung? In England war sie unablässig und durch keine Enttäuschung verbittert um das Einigungswerk bemüht. Alle Minister halfen mit, 10 bis 12 Konferenzen wurden mitunter an einem Tage abgehalten, und zwischen durch fand Aquitit, der Premierminister, noch Zeit, das Parlament auf dem Laufenden zu erhalten und es zur Hilfe beim Einigungswerk durch ein etwaiges gesetzgeberisches Eingreifen aufzurufen. Und seine Worte waren stets frei von Kleinlichkeit und Polizeigeist, ließen nie auch nur den Schein der Wahrnehmung von Arbeitgeberinteressen aufkommen, waren vielmehr getragen von Rechtslichkeitsgefühl und sozialfortschrittlichem Willen, von innerer Anteilnahme an allem, was sich da zutrug, und von Festigkeit des Entschlusses, alles auszubieten, um den berechtigten Interessen beider Gegner gerecht zu werden. Bei uns aber beschränkte sich die Regierung auf polizeiliche Maßnahmen, Barteinahme gegen die Streikenden in der offiziellen Presse und im Parlament und auf eine unverbändliche, informatorische Konferenz mit einigen Arbeiterführern, die wohl nur gemacht wurde, damit es aussehe, als sei etwas geschehen.

Endlich die öffentliche Meinung! In England aufs tiefste interessiert und von der Presse überwiegend in sozial verständigen Sinne beeinflusst, fand sie in Deutschland aus einer gewissen Sorte von „unparteiischer“ Generalanzeigepresse ihre Hauptnahrung und wurde in geradezu brutaler Weise gegen die Streikenden aufgeschaltet. Während in England von unbeteiligter Seite ein

Blumenstrauß für den Verhandlungstisch der Regierung mit den Parteien des Lohnkampfes gestiftet ward, forderte in einem grenzenlos barbarischen Gedicht ein deutsches Blatt die Polizei und das Militär auf, nun tüchtig auf die Unständigen zu schießen.

Wehr noch ließe sich vergleichen, und immer wieder böte sich das gleiche Bild: in England ein Stück sozialer Kultur mitten im Kleinstampfe von Kapital und Arbeit, — bei uns aber die nackte Unkultur der Maschinengeheule. Es ist ein trauriges Bild, und wer sein Vaterland lieb hat, der denkt in diesen Tagen an die geünderen Zustände Englands, — ohne Britendünne, aber mit der Hoffnung, daß das Gute, was wir auf diesem Gebiete drüben sehen, auch einmal später als preußisch-deutsche Eigenart werde angesprochen werden können.

Rede des Abg. Gothein zur Interpellation über den Bergarbeiterstreik.

(Schluß.)

Das wollen eben die Bergherren nicht, denn Sie wollen Herr im Hause bleiben. Der Herr Staatssekretär wird mir gestatten, daß ich ihm aus dem dorthin gefertigten Protokoll noch einmal etwas vorlese. Da sagte einer dieser Bergherren:

Wir sind Herr im Hause, und wir lassen die Arbeiter nicht hineinreden. Prüden Sie dem Herrn Staatssekretär den Herrenstandpunkt ins Auge. Das ist nach meiner Uebersetzung die einzige Möglichkeit, das unzeitliche Gesetz

— es handelt sich um die kleine Novelle wegen der Arbeiterkontrolleure —

zum Scheitern zu bringen, daß wir dem Herrenhause sagen können: wir haben unseren Herrenstandpunkt vertreten. Nun, Herrenhaus, zeige, daß du deinen Namen verdienst, und bist uns.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten und der Fortschrittlichen Volkspartei.)

Die Hoffnung dieser Herren ist ja das Herrenhaus. Das vertritt sie ja. Es ist der Standpunkt: Berren verhandeln nicht, die betretieren bloß. Die Berren haben allerdings schließlich doch mit den Arbeiterausschüssen verhandelt, nachdem sie im letzten Herbst die Verhandlungen abgelehnt haben. Aber, die Art und Weise, wie diese Arbeiterausschüsse gewählt worden sind, wie die Arbeiter drangsalirt worden sind, wenn sie einmal eine Lippe riskieren wollten, hat dahin geführt, daß sie nicht mehr das geeignete Organ sind, die das volle Vertrauen der Belegschaften besitzen. Es kam doch darauf an, daß, wenn man mit den Arbeiterausschüssen verhandelt, man diese Verhandlungen auch zu einem positiven Resultat bringen mußte. Bei diesen Verhandlungen hat es sich bloß darum gehandelt, wenn ich den Herrn Minister recht verstanden habe, und nach den andern getriggen Ausführungen, daß nicht zum Zweck des Festhaltens der Lohn- und Arbeitsbedingungen verhandelt worden ist, sondern man hat nur allgemeine Versprechungen gemacht. Meine Herren, wenn sonst über Tarifverträge verhandelt wird, wird genau Punkt für Punkt festgesetzt, wie der Lohn, wie die Arbeitsbedingungen, wie die Leistung ist. Das sind fest formulierte Bedingungen. Aber hier sollten sich die Arbeiter mit einfachen Versprechungen zufriedengeben, von denen sie, je nachdem sie mehr oder weniger Vertrauen hatten, hoffen konnten, daß sie in die Wirklichkeit umgesetzt werden. Der Herr Abgeordnete Rogalla von Wiertheim hat gestern gesagt, die Zechenverwaltungen haben auf das loyalste die Löhne erhöht und weitere Erhöhungen zugesagt. Ja, mit dem Zusagen ist es etwas recht schönes. Ich erinnere mich an die Geschichte von dem Mann, der seinem Diener nach 25jährigem Dienst am Jubiläumstage versprach, ihm später etwas versprechen zu wollen. (Heiterkeit.)

Nicht immer sind alle Versprechungen gehalten worden, und selbst bei formulierten Versprechungen sind dann über die Auslegung des Zugewagten Schwierigkeiten vorgekommen. Und ich kann nicht sagen, daß das Recht schließlich immer auf Seiten der Arbeitgeber gewesen ist, ebensowenig wie stets auf Seiten der Arbeiter.

Reines Erachtens genügten solche Versprechungen in einer so weit vorgeschrittenen Situation, die zum Streik drängte, nicht. Hier mußte wirklich eine klar formulierte Forderung erfolgen. Es war ja nicht notwendig, daß man alles erfüllte, auch nicht in der Lohnfrage. Aber es wäre wohl möglich gewesen, hier zu einer Verständigung zu kommen. Gemäß ist die allgemeine prozentuale Erhöhung um 15 Prozent etwas roh; aber man konnte es vielleicht so machen, daß alle Gehaltssätze in der Höhe bis 5,50 Mark pro Schicht um 15 Prozent, die in der Höhe zwischen 5,50 Mark und 6 Mark um 10 Prozent, die über 6 Mark um 5 Prozent und alle Gehaltssätze um 10 Prozent erhöht würden. Das Richtige würden die Verhandlungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer ergeben haben. Darüber wollen wir doch klar sein. Es sind in den Tarifverhandlungen bereits ganz andere Schwierigkeiten gelöst worden als die Schwierigkeiten, um die es sich hier handelt.

Nun meinte der Herr Staatssekretär, die Voraussetzung zu seinem Eingreifen fehle. Eine Vermittlung könne nur dann mit Erfolg aufgenommen werden, wenn die Zeit dazu reif sei, und wenn beide Teile für die Vermittlung bereit seien.

Nun, meine Herren, ich sehe nicht ein, warum die Zeit dafür nicht reif ist. Im Gegenteil, ich könnte mir eher denken, daß die Vermittlung etwas zu spät eingeseht hat.

(Sehr richtig! links.)

daß es nicht Sache der Staatsregierung, sondern des Herrn Staatssekretärs und des Herrn Reichslinglers gewesen wäre, in dem Moment, wo die Forderung aufgestellt, wo sie formell abgelehnt war, die Verständigung von Organisation zu Organisation herbeizuführen, Vertreter beider Gruppen einzuladen und eine Einigung zu versuchen. Ich habe so etwa die Empfindung, als ob man in unseren regierenden Kreisen kein richtiges Verständnis für die Wünsche des Volkes hätte.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Man kann in diesen Fragen, wo es sich um große Lohnbewegungen in einer nach Hunderttausenden zählenden Arbeiterschaft, in der Bevölkerung einer ganzen großen Gegend handelt, von der auch alle Gewerbetreibenden abhängig sind, nicht absolut so verfahren, wie es logisch unter vier Augen zwischen zwei Menschen bei einem Vertrag zugehen kann und wo man abwarten kann. Man muß sich sagen, daß bei diesen Volksbewegungen — das sind sie doch, wenn sie solchen Umfang haben — auch eine sich steigende Erregung mitspielt und daß die Bewegung über den Kopf der Führer hinausdrängt und die Führer sie schließlich nicht mehr in Händen haben. Aber, meine Herren, das liegt gewöhnlich daran, daß die Zeit verpaßt ist, wo man eine derartige Bewegung noch in die richtige Bahn hätte leiten können.

(Sehr gut! links.)

Deshalb meine ich, wäre längst die Zeit gewesen, sie ist eben verpaßt worden, und wenn diese Vermittlung früher eingeseht hätte, würde es wahrscheinlich gar nicht zum Streik gekommen sein.

(Sehr richtig! links.)

Meine Herren, die Arbeiterorganisationen sind bereit gewesen, zu verhandeln. Ich habe nichts Gegenteiliges gehört. Jetzt heißt es, die Arbeiterausschüsse sind nicht bereit. Der Herr Staatssekretär hat aber selbst zugegeben, daß sie noch im Herbst recht schlechte Erfahrungen mit diesem Versuch gemacht hätten, und sie fühlen sich nicht kompetent, nicht als die richtigen Männer des Vertrauens der Belegschaft, und da es sich um Fragen handelt, die zum größten Teil nicht das einzelne Werk betreffen, sondern das ganze Berggewerbe, so ist es begreiflich, daß sie den Wunsch haben, daß von Organisation zu Organisation verhandelt wird.

Nun stellen sich die Arbeitgeberorganisationen auf den Standpunkt, daß sie dazu nicht berechtigt seien, weder der Bergarbeiterverein, noch der Zechenverband. Meine Herren, es ist doch eine Kleinigkeit für den Zechenverband, sich für kompetent zu erklären. Die Berren brauchen bloß zu wollen. Ich habe das auch bei dem Streik in Waldenburg erlebt, daß schließlich auch alle einig gingen. Das Vereinsstatut des Niedersächsischen bergbauischen Vereins erlaubt es ihm auch nicht; aber da kamen die Direktoren zusammen, verständigten sich und verhandelten gemeinsam. Glauben Sie nicht, meine Herren, daß die Direktoren im Ruhrrevier jetzt auf ihrem Bureau sitzen; die verhandeln auch Tag für Tag gemeinsam. Also sie können gemeinsam vorgehen. Ich meine, wenn der Herr Staatssekretär den nötigen Druck ausgeübt und einmal ernsthaft gewollt hätte, wäre der Widerstand der Arbeitgeberorganisationen zu überwinden gewesen.

(Sehr richtig! links.)

Nun wissen wir aus diesem schönen Protokoll der Besprechung, wie die Arbeitgeber im Palasthotel 1909 gehandelt haben, daß sie nicht verhandeln wollten und daß sie einen schönen Vorwand dafür haben, daß sie es mit ihrem patriotischen Gewissen nicht vereinbaren können, mit einem sozialdemokratischen Vertreter vom alten Bergarbeiterverband ihre Hände unter ein und denselben Tisch zu strecken.

(Hört! hört! links.)

Ich sehe es dem Herrn Ober-Berghauptmann damals sehr übel genommen haben, daß er ihnen das zugemutet hätte, und daß sie sich auf den Standpunkt stellten, überhaupt nicht zu verhandeln. Es war immerhin dankenswerter, daß ein solches Protokoll mal der Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden ist, was man sonst bloß hinter verschlossenen Türen erfahren kann und dann natürlich nicht weiter benutzen darf.

Es ist bedauerlich, daß wir noch kein Arbeits-Lammergesetz haben. Dann wäre hier wenigstens eine Stelle gewesen, wo hätte verhandelt werden müssen, vor einem Forum, an dem auch Unparteiliche beteiligt sind. Aber, meine Herren, was wir vor allen Dingen brauchen, das ist die Sicheerheit des Koalitionsrechts, der Ausbau und der Schutz der Arbeiter- und Arbeitgeberorganisationen und dann, nach canadischem Vorbild, der Verhandlungsabzug. In Canada hat man diesen Verhandlungsabzug, ohne daß irgend eine Partei an den Spruch und an die Entscheidung des Einigungsamts gebunden ist, und es hat sich dieser Verhandlungsabzug als ein Segen erwiesen. Es muß verhandelt werden, man spricht sich aus, man verständigt sich; und das hat bewirkt, daß tatsächlich, ohne daß ein Abzug zur Ausführung des Beschlusses vorhanden wäre, immer dasjenige gemacht worden ist, was bei diesen Verhandlungen schließlich herausgekommen ist, was dabei festgesetzt worden ist.

In neuen weiteren Ausführungen sprach sich der Abgeordnete Gothein in dahin aus, daß es für die Regierung immer noch nicht zu spät sei, die Vermittlerrolle zu übernehmen. Er empfahl ferner ein Reichsberggesetz. Er habe ein solches, dann würde es gelingen sein, den größten Teil der

aufgestellten Forderungen soweit sie nicht reine Lohnforderungen sind, ohne weiteres zu erreichen. Daß die Aufrechterhaltung der Ordnung notwendig sei, sei selbstverständlich. Sie sei am besten zu erzielen, wenn man aus den Reihen der Arbeiter selbst Ordnungsmänner heranziehen hätte. Nachdem der Redner schließlich noch davor gewarnt hatte, übertriebenen Schilderungen von Erzessen Glauben zu schenken, kam er zum Schluß und führte aus:

Es stehen zu große Interessen für unsere gesamte Volkswirtschaft auf dem Spiel, die natürlich mit jedem Tage mehr Not leiden wird, wenn dieser Streik länger dauert und darüber die Kostenförderung wesentlich eingeschränkt wird. Aber wir meinen auch, es ist notwendig, um eine gesunde Entwicklung der sozialen und der Arbeiterverhältnisse herbeizuführen, daß man sich auf einen Vermittlungsstandpunkt stellt und daß man den Brennpunkt mit aller Entschiedenheit abseht und ihn überwindet. Lieber den augenblicklichen Streitigkeiten und Färsereien zwischen einzelnen Organisationen setzt uns das Ziel, und dieses Ziel heißt: Die Gleichberechtigung der Arbeiter im Arbeitsverhältnis, ein zufriedenes und freies Volk! Dazu müssen wir alle mitarbeiten, alle, auch die Reichsregierung!

Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 29. März 1912.

Der Gesetzentwurf zur Neuregelung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe ist nunmehr auf Wunsch aus sämtlichen Handelskammern zur Kenntnisnahme und Begutachtung unterbreitet worden. In der Presse wird diese Maßnahme vielfach bestritten. Es wird gesagt, daß der Entwurf vielfach der Bearbeitung in den zuständigen Ausschüssen des Bundesrats unterliege, und daß in einem solchen Stadium der Entfaltung es ungewöhnlich und nicht praktisch sei, einen solchen Entwurf den interessierten Kreisen vorzulegen. Man beizürdet daraus eine Verschleppung der ganzen Angelegenheit und deutet bereits darauf hin, daß vor nächstem Winter der Entwurf nicht an den Reichstag gelangen werde.

Wir würden eine solche Verschleppung auf das tiefste bedauern; noch mehr aber müssen wir bedauern, daß man den Vertretern der Prinzipale den Entwurf zur Begutachtung unterbreitet, während man die Organisationen der Handelsangestellten vollständig unberücksichtigt gelassen hat. Das heißt mit zweierlei Maß messen. Will die Regierung sich nicht den berechtigten Vorwurf der Parteilichkeit machen lassen, so muß sie möglichst bald die Vorlage veröffentlichen, damit auch die Handelsangestellten Gelegenheit haben, sich dazu zu äußern.

In unserm Gewerksverein der Bauhandwerker ist auch weiterhin ein erfreulicher Aufschwung zu beobachten. Wie aus unserem Bericht über die Arbeiterbewegung hervorgeht, sind viele Mitglieder an vielen Orten daran beteiligt, eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen herbeizuführen. Was aber die Hauptfrage ist, ihre Bemühungen sind fast überall von gutem Erfolg gekrönt gewesen. Auch in der Agitation ist kein Stillstand eingetreten. Dadurch ist es auch möglich, in Rauenburg i. Bomm. am vorigen Sonntag einen Ortsverein der Dachdecker zu gründen, dem sofort 20 Mitglieder beitraten. Außerdem wurden an demselben Tage an 40 verschiedenen Orten Flugblätter verteilt. Die Weiterarbeit soll im April fortgesetzt werden. Eine so rührige Tätigkeit verdient energische Unterstützung von allen Gewerksvereinskollegen. Wir sprechen deshalb die Hoffnung aus, daß auch an den Orten, wo bisher noch keine Schritte zur Gründung von Vereinen der Bauhandwerker unternommen worden sind, jetzt das Versäumnis nachgeholt wird. Das erforderliche Agitationsmaterial wird vom Bureau des Gewerksvereins der Bauhandwerker in Magdeburg, Katharinenstr. 2/3, gern zur Verfügung gestellt.

Arbeiterbewegung. Die Einigungsverhandlungen im Ferner-Schneidergewerbe nahmen in Frankfurt a. M. ihren Fortgang. Der Vorsitzende des Einigungsamtes, Dr. Siller, war eifrig bemüht, eine Verständigung herbeizuführen und hat zum Teil gemeinsame Sitzungen abgehalten, teils aber auch mit den Parteien gefondert verhandelt. Mehrmals mußten die Verhandlungen abgebrochen werden. Den wiederholten Anstrengungen Dr. Sillers ist es aber schließlich doch gelungen, eine Einigungsgrundlage zu schaffen. Sein von den Arbeitgebern angenommener Vorschlag, den Gehilfen eine Mindestzulage von 5 Proz. auf die Grundlöhne zu gewähren und weitergehende Forderungen einem aus zwei weiteren Unparteiischen zu bildenden Schiedsgericht zu unterbreiten, das am 2. April in Jena zusammentreten soll, wird von den Arbeitervertretern den Arbeitern zur Annahme empfohlen werden. Kommt auf dieser Grundlage, was zu erwarten ist, die Einigung zustande, so soll die Arbeit am 2. April wieder

aufgenommen werden. — Der Streik der Möbeltransportarbeiter in Breslau hat an Ausdehnung zugenommen. Die Eisenbahnbehörde hat zum Abfahren der Güter Eisenbahnarbeiter abkommandiert. — Im Steinlegergewerbe ist zurzeit eine lebhafteste Tarifbewegung im Gange, die aber fast überall einen friedlichen Verlauf nimmt und den Arbeitern ansehnliche Vorteile gebracht hat. Nur in Promberg zeigen die Unternehmer geringes Entgegenkommen. — Der Streik und die Absperrung in der Singer-Rähmaschinenfabrik zu Wittenberge ist beendet. Da die Direktion keinerlei Zugeständnisse machen will und jede Verhandlung strikte abgelehnt hat, beschloßen die Maschinenformer, die Arbeit wieder aufzunehmen, um die übrigen Arbeiter vor allzu großen Opfern zu bewahren. — Bei der Firma Mauthner in Reichenbach hat man den Textilarbeitern zugemutet, sich von den überaus niedrigen Löhnen noch 10 Proz. abziehen zu lassen. Die Arbeiter haben dieses Aninnen einmütig zurückgewiesen, worauf alle diejenigen, die sich den Abzug nicht gefallen lassen wollten, ausgesperrt worden sind. Es handelt sich um etwa 400 Arbeiter und Arbeiterinnen. — In Lauenburg i. Bomm. nimmt der Streik der Maurer und Bauarbeiter seinen Fortgang, da die Unternehmer bei ihrem Angebot verharren, bei 10 1/2 stündiger Arbeitszeit einen Stundenlohn von 42 Pfg. — nicht 47 Pfg., wie es in letzter Nummer irrtümlicherweise hieß — zu bewilligen, während die Arbeiter bei 10 stündiger Arbeitszeit einen Stundenlohn von 46 Pfg. fordern. Die Forderung ist umso berechtigter, als alle anderen Orte in der Umgebung bedeutend höhere Löhne zahlen. An der Bewegung sind 51 Gewerksvereine und 80 Verbände beteiligt. — Die Verhandlungen im Baugewerbe in Koblenz i. Schlei. wurden bis nach Ostern vertagt. Es besteht Aussicht, die Bewegung ohne Streik zu einem für die Arbeiterchaft günstigen Abschluß zu bringen. — In dem Konflikt, der in Neuenburg i. M. zwischen den Bauarbeitern und dem Zimmermeister Wokid ausgebrochen ist, hat sich jetzt der westpreussische Landesverband der Arbeitgeber im Baugewerbe zugunsten des Unternehmers gemischt. Der Arbeitgeberverband ist bereit, eine Kommissionslösung in dieser Angelegenheit tagen zu lassen. — Die Landschaftsgärtner von Groß-Berlin haben beschlossen, bei all den Firmen in den Streik zu treten, wo ihre Forderungen auf Lohnerhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit von 10 auf 9 Stunden abgelehnt werden.

In Gent (Belgien) sind wegen Ablehnung ihrer Lohnforderungen etwa 1000 Hafenarbeiter in den Auslands getreten. — Wegen Lohnunterschieden haben in Leptiz 500 Schneidergehilfen die Arbeit niedergelagt. — Die Bewegung der Bergarbeiter in Auslande geht zurück. Im böhmischen Braunkohlenrevier allerdings ist die Situation ziemlich unverändert. Die Zahl der Streikenden hat nur eine geringe Zunahme erfahren. Die verchiedenen Streiks französischer Bergarbeiter sind beendet. In England nimmt die Bewegung ihren Fortgang. Nur auf ganz wenigen Gruben sind vereinzelt Bergarbeiter zur Arbeit angefahren. Ueber den Verlauf der Einigungsversuche berichten wir an anderer Stelle.

Nachträge zum Bergarbeiterstreik im Ruhrgebiet. Sarte Vergeltung übt die Justiz an den Bergleuten, die sich während des Ausstandes in ihrer Erregung irgend eines Vergehens oder auch nur einer unbedachten Äußerung schuldig gemacht haben. Allein beim Dortmund Landgericht sind nicht weniger als 400 Anklagen wegen Streitvergehens erhoben worden, so daß eine besondere Strafkammer gebildet werden mußte. Die Strafen, die gegen die Sünder verhängt werden, sind zum Teil unmenlich hoch.

Aber auch die Unternehmer sind eifrig am Werke, ihr Mitleiden zu fühlen. Mancher Sicherheitsmann und manches Arbeiterschutzmittel hatte sich bei den Verwaltungen schon längst misliebig gemacht. Man konnte aber den Leuten, die sonst ihren Dienst ordnungsmäßig verfahren, nichts anhaben und mußte sie im Betriebe behalten. Jetzt aber sind sie unter Kontrakbruch in den Streik getreten. Nun hat man einen bequemen Vorwand, diese Elemente sich vom Leibe zu schaffen. So kommt es, daß gerade die Sicherheitsmänner und Arbeiterschutzmittelglieder, also gerade diejenigen Elemente, die sich des besonderen Vertrauens ihrer Kameraden erfreuten, auf der Strahe liegen bleiben und keine Beschäftigung mehr bekommen. Nur einige Grubenverwaltungen haben erklärt, daß die Sicherheitsmänner wieder eingestellt werden und in ihrem Amte verbleiben können.

Daß durch alle diese Vorkommnisse die Erregung unter den Bergarbeitern immer noch

wächst, ist selbstverständlich. Selbst die Scharfmacher erkennen, daß die unter der Mähe stimmende Blut dadurch geschürt werden muß. Sie suchen deshalb auch bereits nach Mitteln, um diese Blut zu ersticken. Die „Deutsche volkswirtschaftliche Korrespondenz“ glaubt aus dem Streik die Lehre ziehen zu können, daß der Arbeitswilligenscharfere einzutragen sei. Die ruhestörenden Elemente sollen sich die Fesseln vom Leibe halten. Mitglieder sozialdemokratischer Verbände dürfen in bestimmten Betrieben nicht eingestellt werden. Weiter aber werden folgende gute Ratsschlüsse erteilt:

Die Bergbesitzer sollten ferner mit größerem Nachdruck als bisher gegen die unaufhörlichen Versuche sich aufzulehnen, sie zu Tariferträgen zu nötigen, da diese mit der Natur der Bergarbeit in den Bergleuten schwer vereinbar sind; sie sollten die von bürgerlichen Wohlfahrtsvereinen eifrig geführte Bekämpfung der Arbeitslosen nachweise dort abwehren, wo ihre geldspendende Mähdreier zu suchen sind. Mit der größten Entschiedenheit sollte überhaupt den beruflichen Organisationen und journalistischen Unternehmungen zu Wege gestiegen werden, die einer einseitigen Arbeiterpolitik sich hingeben. Wertwürdig still sind auch die Vertreter unserer Grobhandlungen gewesen, als es galt, Gefährdungen der Substanz abzuwenden. Es wäre schließlich noch von Interesse, festzustellen, wie die als Hansabund umformierte Schutzgarde zur Bekämpfung von Inflation, Handel und Verkehr vor Beeinträchtigungen während der Streikbewegung sich verhalten hat? Nach den neuesten Rundgebungen des Hansabundes im Wahlkampf ist es höchst merkwürdig, wie er hier die Interessen des Bergbaues gänzlich im Stiche gelassen hat. Solche Wahngemühen drängen, nachdem des Kampfes Waffen zur Ruhe gelegt sind, zur Überlegung, was geschehen könnte und mühte, um künftighin zur Abwehr noch besser gerüstet zu sein.

Ein Glück, daß diese Pläne sich nicht so leicht verwirklichen lassen! Denn die Folge würde sein, daß die unter den Arbeitern aufgepeicherte Erbitterung zu Kämpfen führen mühte, in denen die alle bisherigen nur Kinderpiel sind.

Die Bergarbeiterbewegung in England nimmt ihren Fortgang. Auch die neuerdings angebahnten außerparlamentarischen Verhandlungen haben den erhofften Erfolg nicht gehabt. So hat sich denn die Regierung entschlossen, das Mindestlohngesetz zur endgültigen Beschlußfassung den Parlamenten wieder zu unterbreiten, und am Dienstag hat die dritte Lesung im Unterhause stattgefunden. Der Antrag der Arbeiterpartei, in das Gesetz die Mindestlohnlöhne von 5 Mk. für die erwachsenen Arbeiter und von 2 Mk. für die Jugendlichen einzufügen, wurde, nachdem sich die Regierung ganz einverstanden dagegen ausgesprochen hatte, mit 326 gegen 83 Stimmen abgelehnt. Schließlich wurde das Gesetz in früher Morgenstunde mit 213 gegen 48 Stimmen in dritter Lesung angenommen. Auch das Oberhaus hat am Donnerstag keine endgültige Zustimmung erteilt. Danach müssen also künftighin die Grubenbesitzer den Bergleuten bestimmte Mindestlöhne zahlen, deren Höhe für die einzelnen Distrikte von paritätischen Kommissionen unter einem unparteiischen Vorsitzenden festgesetzt wird. Die Arbeiterpartei ist mit diesem Ausgang sehr unzufrieden, und es ist deshalb nicht zu erwarten, daß das Gesetz den Abschluß des Kampfes näher bringt. Andererseits aber hat eine neue Konferenz der Bergarbeiter stattgefunden, die den Beschluß gefaßt hat, eine Abstimmung über die Fragen vorzunehmen zu lassen: Sind Sie für Wiederaufnahme der Arbeit während der Festsetzung der Minimallohne für die verschiedenen Distrikte durch die nach dem Minimallohngesetz zu ernennenden Distriktsämter? Wie die Abstimmung ausfällt, läßt sich nicht sagen. Für die Weiterführung des Streiks ist eine Zweidrittel-Mehrheit erforderlich. In einigen Distrikten ist Neigung zur Wiederaufnahme der Arbeit vorhanden. Trotzdem wäre es vorteilhaft, schon jetzt ein Urteil über den Ausfall der Abstimmung zu fällen. Da die Bergleute feiern, wird das Resultat wohl in kurzer Zeit bekannt gegeben werden können.

Die Widerkämpfung zur Unterstützung von Volksbibliotheken in unbemittelten Gemeinden, die vom Vorstande der Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung vertriebt wird, hat im Jahre 1911 an 624 Bibliotheken 7893 Bücher im Werte von 8536,50 Mk. abgegeben. Die Einnahmen der Stiftung betragen leider nur 4523,54 Mk. Seit ihrem Bestehen (1903) hat die Widerkämpfung an 1891 Bibliotheken 27672 Bände abgegeben. Die Stiftung wendet sich jetzt wiederum an alle Freunde der freiwilligen Volksbildungsarbeit mit der Bitte um Zuwendungen und Beiträge, insbesondere auch an die persönlichen Freunde Heinrich Widerts, dem die hervorragende Betätigung der Gesellschaft bei Begründung von Volksbibliotheken in erster Linie zu danken ist.

Das gute Buch ist eine Erziehungsmacht ersten Ranges. Je mehr es ins Volk und in die Jugend

